

2779/J XX.GP

der Abgeordneten Langthaler, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für Third-Party-Financing von Energiesparinvestitionen in Bundesgebäuden

In der parlamentarischen Anfragebeantwortung 650/AB vorn 22. Juli 1996 hat der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die Gründe angeführt, die aus haushaltsrechtlicher Sicht gegen Erfolgsbeteiligungsverträge bei Energiesparinvestitionen etwa in Form von Third-Party-Financing und Contracting-Modellen sprechen.

Da es jedoch aus Sicht der AntragstellerInnen sehr wünschenswert wäre, nicht nur für mehr oder weniger sinnvolle Infrastrukturprojekte in Form von PPP-Modellen sondern auch für Energiesparinvestitionen privates Kapital mobilisieren zu können, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen daher folgende

ANFRAGE:

1. Halten Sie es grundsätzlich für wünschenswert, daß die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für Erfolgsbeteiligungsverträge und private Kapitalnutzung für Energiesparinvestitionen in Bundesgebäuden etwa in Form von Third-Party-Financing und Contracting-Modellen geschaffen werden? Wenn nein, warum nicht?
2. Welche Initiativen haben Sie bislang ergriffen bzw. werden Sie ergreifen, um die Voraussetzungen für die Nutzung von privatem Kapital für Energiesparinvestitionen zu schaffen?
3. Welche Gesetzesänderungen wären dazu konkret notwendig? Bitte machen Sie konkrete Textvorschläge für die zu ändernden Gesetzespassagen.
4. Werden Sie dem Parlament namens der Bundesregierung entsprechende Vorschläge zur Novellierung des Haushaltsrechts zukommen lassen? Wenn ja, bis wann? Wenn nein, warum nicht?